



02.05.2015: Vor genau 70 Jahren, am 2. Mai 1945, wurde Günther Judick in Velbert Mitglied der KPD. Er arbeitete zunächst als Redakteur, machte ein Fernstudium an der Karl-Marx-Hochschule und an der Berliner Humboldt-Universität mit dem Abschluss als Diplom-Historiker. Seit 1968 in verschiedenen Funktionen in der DKP tätig, u.a. war er langjähriger Leiter der DKP-Geschichtskommission. Günther Stamer hat mit Günter Judick über den Tag der Befreiung und Schlussfolgerungen für den Kampf um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt gesprochen.

Frage: Lieber Günter, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu deiner 70jährigen Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung. Mit der Befreiung vom Faschismus bist Du zugleich Mitglied der KPD geworden. Kannst Du uns kurz schildern, wie Du die Befreiung erlebt hast und wie und warum Du Mitglied der Kommunistischen Partei wurdest.

Günter Judick: Am Abend des 16. April 1945 rückten amerikanische Panzer in Velbert ein; sie stießen auf keinerlei Widerstand. In dem unserer Stadt nahe gelegenen Teil des Ruhrkessels zerfiel die militärische Organisation der Wehrmacht. Zusammen mit einem Freund war ich auf einem Waldweg unterwegs und sah von dort aus die ersten Panzer auf unseren Ort vorrücken. Mit unserer Mitteilung „die Amerikaner kommen“ veränderte sich schlagartig das Ortsbild. Überall hatten weiße Tücher bereit gelegen um dann innerhalb von Minuten aus den Fenstern gehangen zu werden. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner kamen immer mehr Menschen auf die Straße, sichtbar erleichtert, dass nun nicht mehr mit Kampfhandlungen, wie in Nachbarorten, zu rechnen war. Den Amerikanern war der evangelische Pfarrer zusammen mit einem Kommunisten entgegen gegangen. Am nächsten Morgen wurde für unseren Ort ein Stadtkommandant eingesetzt. Da wir nur ein Stadtteil waren und keine eigene Verwaltung hatten, verlangte der Kommandant den schnellen Aufbau einer eigenen provisorischen Verwaltung. Bürgermeister wurde ein Kommunist, sechs weitere Genossen wurden als Mitarbeiter berufen.

Mein Heimatort hatte etwa 3.000 Einwohner, er galt schon in der Weimarer Zeit als „knallrot“. Zu den bekannten Kommunisten im Ort gehörte auch meine Familie, ich war somit auch vorgeprägt. Da alle Kommunikation und auch die Verkehrsmittel zusammen gebrochen waren, wurde ein „Stadtbote, gut zu Fuß“ für die Weitergabe von Informationen und Anweisungen

benötigt. Die Wahl der Genossen fiel auf mich.

Ende April ergriffen die Kommunisten in unserem Ort die Initiative zu einer Zusammenkunft der Genossen im Rahmen des früheren illegalen Unterbezirks unserer Partei einzuladen. In den beiden letzten Apriltagen erhielt ich den Auftrag, Genossen aus sieben umliegenden Städten zu dieser Beratung einzuladen. Dies alle musste zu Fuß erledigt werden. Noch war Krieg, noch war alles illegal. Dabei war unser Familienname Legitimation genug. Somit durfte nichts Schriftliches vorliegen, der Inhalt der Einladungen musste mündlich erfolgen. Als am 2. Mai diese Beratung in einer Wohnung stattfand, durfte ich selbstverständlich teilnehmen und bekam auch weitere Aufträge. Ich galt - unausgesprochen ganz selbstverständlich - als Mitglied der Kommunistischen Partei. Für mich war es ebenso selbstverständlich, Mitglied dieser Partei zu werden, da ich aus einem kommunistischen Elternhaus stamme. So war ich mit 15 Jahren das erste neue Parteimitglied in unserem Unterbezirk.

Frage: „Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind auch unsere Befreier. Ihre Rolle und die des Widerstands in Deutschland und den von der Wehrmacht besetzten Ländern zu würdigen und die geschichtliche Wahrheit über Ursachen und Folgen des Faschismus zu bekräftigen, ist bis heute eine unerlässliche Pflicht,“ heißt es in einem breiten Aufruf von AntifaschistInnen zum diesjährigen 8. Mai. Der Tag der Befreiung vom Faschismus wurde zum Ausgangspunkt der nach der Oktoberrevolution tiefsten gesellschaftlichen Veränderungen im 20. Jahrhundert. Was sind aus Deiner Sicht die wichtigsten Lehren für die Arbeiterbewegung im historischen Abstand von 70 Jahren für einen erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und Krieg?

Günter Judick: Die entscheidende Rolle der Sowjetunion beim Sieg über den Faschismus veränderte nicht nur Europa sondern wirkte sich in den Nachkriegsjahren auf die Klassenkämpfe in der ganzen Welt aus, führten zu den Niederlagen des Imperialismus in Korea und Vietnam. Die Ausstrahlung des Sozialismus bewirkte Erfolge der kolonialen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika, die sozialistischen Staaten gewannen an Ausstrahlungskraft und die Systemkonkurrenz begrenzte kriegerrische Aktivitäten. Erst mit der historischen Niederlage des sozialistischen Weltsystems wurden Kriege wieder zu einer ständig wachsenden Wirklichkeit in vielen Teilen der Welt.

Für uns kommt es heute drauf an, das Weiterwirken der Ursachen für die beiden Weltkriege, den Kampf rivalisierender Gruppen des internationalen Kapitals um die Herrschaft über Rohstoffquellen und Territorien als Ursache für die vielfältigen militärischen Konflikte aufzudecken. Auch der 1. und 2. Weltkrieg wurden durch eine Vielzahl kleinerer Konflikte und regionaler Kriege vorbereitet. Dabei entstanden Bündnissysteme zwischen Nationalstaaten, die gleiche oder ähnliche Interessen vertraten. Aber diese Blöcke entstanden kurz vor dem Ausbruch der Kriege und waren auch nicht unbedingt stabil.

Zum Unterschied von damals sind heute an den Macht- und Militärblöcken größere Gruppen von Staaten beteiligt, ein Weltkrieg würde also von vornherein größere Dimensionen haben. Hinzu kommt eine Waffentechnik, die die Existenz ganzer Völker bedroht. Trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen bleibt aber für die Arbeiter- und Friedensbewegung als Aufgabe: Das Aufdecken der Ursachen der vergangenen Kriege und die fortwirkende Kriegsgefahr durch das Machtstreben des internationalen Großkapitals muss im Mittelpunkt aller heutigen Friedenspolitik stehen. Das schließt die aktive Beteiligung an allen Protesten gegen heutige Kriege, die Mobilisierung für den Austritt aus der NATO und den aktiven Kampf

für Abrüstung ein.

Frage: Du hast die zahlreichen regionalen Konflikte und Kriege seit den 90er Jahren erwähnt. Bundespräsident Gauck hat in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz im vergangenen Jahr ein Ende der militärischen Zurückhaltung Deutschlands in der Welt eingefordert. Nach Gauck darf dabei auch das Völkerrecht nicht im Wege stehen: „Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen.“ Nach Jugoslawien sollen nun die Ukraine und der Nahe Osten auch mit deutscher Beteiligung umgestaltet werden.

Günter Judick: Der Kampf um die Herrschaft über Rohstoffe, Energiequellen und über Handelswege führte in Europa zur Zerschlagung Jugoslawiens und ist jetzt auf die Zurückdrängung des Konkurrenten Russland gerichtet. Unter dem Deckmantel, den Völkern Vorderasiens und Afrikas bei der Überwindung von Diktatoren Freiheit und Demokratie zu bringen, werden die Errungenschaften der antikolonialen Freiheitskämpfe der 60er und 70er Jahre durch die Organisierung bewaffneter aufständischer Gruppen, durch das Schüren religiöser Gegensätze und, wenn nötig, auch durch direktes militärisches Eingreifen (wie in Libyen) rückgängig gemacht. Im Ergebnis dieser „Freiheitskämpfe“ hat sich in jedem der Länder Nordafrikas oder Vorderasiens die Lage der Menschen verschlechtert, sind Staaten in ihrer Existenz bedroht, ist zehntausendfaches Blut vergossen worden. Natürlich sind so „freiheitliche“ Staaten wie Saudi-Arabien und die Golfemirate dabei die willkommenen Helfer imperialistischer Politik.

Frage: Wo siehst Du die entscheidenden Gegenkräfte gegen diese Politik des USA/NATO-Blocks?

Günter Judick: Der Kampf um die Vorherrschaft der am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder über die Ressourcen der Welt trifft auf wachsenden Widerstand. In der Existenz aufstrebender Länder, allem voran China, aber auch der anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, China, Indien, Südafrika), in denen zusammen mehr als annähernd die Hälfte der Weltbevölkerung lebt. Auch die Staaten der Karibik und Lateinamerikas - vor der Haustür der USA - organisieren sich zum Widerstand gegen die Dollar-Herrschaft. Der Kampf um die Beibehaltung der geopolitischen Vorherrschaft des Blocks der USA und der NATO-Staaten trifft also auf stärker werdenden Widerstand.

Die Verschärfung des Kampfes zwischen den Zentren der alten kapitalistischen Mächte und den Gegenkräften hat wie alle Konflikte in der modernen Welt auch objektive Ursachen. Der erste erkennbare Grund liegt im Wachstum der Weltbevölkerung. Lebten auf der Welt am Ende des 1. Weltkrieges etwa 2 Mrd. Menschen, so sind es heute 7,5 Mrd. Dieses Wachstum ist völlig ungleichmäßig. Das führt zu hohen Unterschieden im Lebensstandard. Zum zweiten hat die wissenschaftlich-technische Revolution die Produktion weitgehend verändert. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Der Bedarf an Energie, aber auch an neuen Rohstoffen (neue Erden) für die immer bedeutsamer werdende Elektronik, die Chemisierung der Landwirtschaft verändert gesellschaftliche Strukturen, verschärft den Widerspruch zwischen den industriellen Zentren und den Entwicklungsländern, in denen die benötigten Rohstoffe vorhanden sind.

Frage: Im Zusammenhang mit dem 8. Mai werden Fragen der Strategie und Taktik im Kampf gegen Faschismus und Krieg durch die Führung der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale (KI) diskutiert: So etwa die Einschätzung der KI am Beginn des Zweiten

Weltkrieges, dass dieser ein „allseitig imperialistischen Krieg“ sei.

Günter Judick: Vor dem Hintergrund der Beschwichtigungspolitik der Westmächte gegenüber dem faschistischen Deutschland erschien in den Dokumenten der KI die Charakterisierung des 2. Weltkrieges als allseitig imperialistischer Krieg. Dabei wurde die besondere Rolle des deutschen Faschismus als aggressivster und kriegsauslösender reaktionärster Teil der imperialistischen Kräfte nicht herausgestellt. Das änderte sich dann mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und die Orientierung auf eine breite Anti-Hitler-Koalition. Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer; allein über 20 Millionen Sowjetbürger bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit ihrem Leben. Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie sowie Banken waren die Gewinner von „Arisierung“, Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter_innen.

Frage: Wie bewertest Du aus heutiger Sicht den Nichtangriffsvertrag/Freundschaftsvertrag zwischen Nazideutschland und der UdSSR.

Günter Judick: Vorausgegangen waren die Versuche der Kommunisten der europäischen Länder, mit einer breiten Bündnispolitik und der Schaffung einer antifaschistischen Volksfront der Ausbreitung des Faschismus entgegen zu treten. Die UdSSR bemühte sich intensiv um ein System kollektiver Sicherheit gegen den Hitlerfaschismus. Beides scheiterte. Sichtbar wurde dies an dem Münchener Vertrag der Westmächte von 1938, der das Schicksal der Tschechoslowakei besiegelte und an Spanien, wo dem Franco-Faschismus zum Sieg verholfen wurde. Die Beschwichtigungspolitik der Westmächte ermutigte Hitlerdeutschland damit zur baldigen Auslösung des Krieges gegen die Sowjetunion. Vor diesem historischen Hintergrund wurde am 23. August 1939 der Nichtangriffsvertrag abgeschlossen, nachdem zwei Tage vorher die Verhandlungen der UdSSR mit England und Frankreich ergebnislos zu Ende gegangen waren. Diese Verhandlungen waren vor allem von England - trotz der drohenden Kriegsgefahr - lange verzögert worden; die nach Moskau gesandten Diplomaten hatten keine Vollmachten zur Unterzeichnung eines Abkommens, alle Vorschläge enthielten einseitige Verpflichtungen für die UdSSR ohne klare Gegenverpflichtungen der Westmächte.

Frage: Was erhoffte sich die sowjetische Führung von dem Abkommen?

Günter Judick: Der Vertrag hatte das Ziel, die UdSSR so lange wie möglich aus dem bevorstehenden Krieg heraus zu halten. Stalin glaubte wohl, so noch mindestens ein Jahr Zeit zu gewinnen, um das Land auf die Verteidigung einzustellen. So wurde in den folgenden Monaten seitens der Sowjetunion auch alles vermieden, was aus militärischer Sicht als provozierend hätte gewertet werden können.

Und die UdSSR nutzte den Zerfall der europäischen Bündnisstrukturen zur Verlagerung ihrer Grenzen. Der Westen Belorusslands und die westliche Ukraine, die 1920 von Polen okkupiert worden waren, wurden nach dem 17. September 1939 von sowjetischen Truppen besetzt. Nach einer Volksabstimmung in diesen Gebieten wurden sie der Sowjetukraine und Belorussland angeschlossen. Die Rote Armee rückte auch in die Baltischen Republiken ein, die ihren Rückhalt bei den Westmächten verloren. In allen drei baltischen Republiken wurden die bürgerlichen Regime gestürzt, die seit 1921 verbotenen kommunistischen Parteien wieder hergestellt und auch hier nach Volksabstimmungen in Sowjetrepubliken umgewandelt. Aus heutiger Sicht war der Geländegewinn für die UdSSR zwiespältig. Die neu gewonnenen

Gebiete wurden in relativ kurzer Frist von der Nazi-Armee überrollt. In der Endphase der Sowjetunion war der wieder entfachte Nationalismus ein wichtiges Element zur Zerstörung der UdSSR.

Als UdSSR dann im Juni 1941 überfallen wurde, kamen neben der militärischen Unterlegenheit vor allen das Fehlen militärischer Führungskader auf Seiten der Roten Armee hinzu – eine Folge der „Säuberungen“ der 30er Jahre. Und auch die durch den Nichtangriffsvertrag/Freundschaftsvertrag im Westen neu besetzten Gebiete waren wenig stabil – innerhalb von drei Monaten gingen diese Gebiete mit den dort stationierten Soldaten der Roten Armee an das faschistische Deutschland verloren.

Frage: Und dann gab es ja auch noch den Sowjetisch-Finnischen Krieg, über den sehr wenig bekannt ist.

Günter Judick: Noch schwerer entwickelte sich der Versuch der Sowjetunion, Finnland zur Preisgabe Kareliens im Tausch gegen nördliche Sowjetgebiete zu bewegen. Er führte vom Dezember 1939 bis März 1940 zu einem militärischen Konflikt, der erst nach großen Verlusten der sowjetischen Armee mit Erfolg beendet werden konnte. Dieser Krieg führte zum Ausschluss der UdSSR aus dem Völkerbund. Zum Unterschied zu den baltischen Ländern gab es in Finnland eine aktive rechte Sozialdemokratie, die sich zum Hauptsprecher der antisowjetischen Positionen machte. Dieser Winterkrieg und seine Folgen gehören zu den am wenigsten aufgearbeiteten Fragen der Geschichte des 2. Weltkrieges.

Frage: War die Kommunistische Internationale (KI) in irgendeiner Form über Pläne eines Vertrages zwischen der UdSSR und Deutschland informiert worden?

Günter Judick: Der Vertrag war durch keine internationalen Beratungen der kommunistischen Parteien vorbereitet. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale konnte nur nachträglich zu dem Vertrag Stellung beziehen. Die Kommunistische Partei in Frankreich wurde bei Kriegsbeginn (1.9.1939) verboten, ihre Abgeordneten verhaftet und nach Afrika deportiert. Das betraf auch die in Frankreich tätige Leitung der illegalen KPD und zahlreiche Emigranten, die verhaftet und interniert wurden. In der KP Großbritanniens führte der Abschluss des Vertrages zu einer Krise in der Parteiführung; ihr Generalsekretär trat zurück. Verboten wurde auch die KP der Schweiz. Damit gab es in Europa legale Möglichkeiten für Kommunistische Parteien nur noch in Schweden, da zahlreiche andere Länder bereits in den ersten Monaten des Krieges besetzt worden waren. Die Rolle der KI reduzierte sich dadurch objektiv, ihre Auflösung 1943 wurde kaum noch registriert. Die Führung der kommunistischen Weltbewegung beanspruchte Stalin.

Noch bis zum 7. Weltkongress der KI (1935) wurden alle grundlegenden Fragen der Weltpolitik aus Sicht der Kommunistischen Parteien und deren Strategie und Taktik kollektiv diskutiert – und es hatten dabei auch abweichende Meinungen ihren Platz.

Das Gespräch führte Günther Stamer

Günter Judick, Jahrgang 1929, gebürtig im Bergischen Land, wo er auch zeitlebens gelebt und gewirkt hat. Seit dem 2. Mai 1945 Mitglied der kommunistischen Bewegung (KPD / DKP).

Arbeitete zunächst als Redakteur; absolvierte von 1951 bis 1954 ein Fernstudium an der Karl-Marx-Hochschule, von 1963 bis 1968 ein Fernstudium Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität mit dem Abschluss als Diplom-Historiker. Seit 1948 in verschiedenen Funktionen in der KPD und ab 1968 in der DKP tätig. Langjähriger Leiter der DKP-Geschichtskommission. Von 1999 bis 2014 Stadtrat in Velbert für die offene Liste der PDS / DIE LINKE.

Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung; zuletzt (als Neuauflage):

Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus: „Lernen aus Krieg und Faschismus! Zu einigen Fragen der Nachkriegsgeschichte der KPD 1945-1968“, [Neue Impulse Verlag](#), Essen 2015.